

Ressort: Politik

Bund-Länder-Finzen: Finanzministerium macht neuen Reformvorschlag

Berlin, 12.06.2015, 02:00 Uhr

GDN - Das Bundesfinanzministerium hat den Bundesländern laut eines Berichts der "Welt" einen neuen Vorschlag für die Reform der Bund-Länder-Finzen unterbreitet. Demnach will Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) den Ländern statt den bisher geplanten sieben künftig acht Milliarden Euro mehr zur Verfügung stellen, berichtet die "Welt" unter Berufung auf Regierungs- und Länderkreise.

Schäubles neuer Reformplan lehne sich stark an seinen Vorschlag von Mitte April an. So soll der Umsatzsteuervorwegausgleich, der dem eigentlichen Länderfinanzausgleich vorgeschaltet ist und der die Umsatzsteuer zwischen armen und reichen Ländern umverteilt, weiterhin wegfallen. Das Finanzministerium strebe ein einfaches und einstufiges System an, hieß es. Dafür gehe Schäuble aber an anderer Stelle einen Schritt auf die Länder zu. Anders als bisher pochte er nicht mehr auf die volle Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft in den Länderfinanzausgleich. Im Bundesfinanzministerium ist man laut "Welt" im Streit um die föderalen Finanzbeziehungen zunehmend verärgert über die Blockadehaltung der Länder. "Notfalls sind wir entschlossen, auf eine sehr reduzierte Lösung zurückzugehen, die lediglich die gesamtstaatliche Aufgabe im Blick behält", hieß es aus Schäubles Haus. So sei im Falle einer weiteren Blockade durch die Länder denkbar, künftig lediglich den ostdeutschen Ländern sowie den finanzschwachen Staaten Saarland und Bremen Bundeshilfen zu gewähren. Alle anderen Forderungen fielen dann unter den Tisch. Der neue Vorschlag dürfte besonders in den ostdeutschen Ländern schlecht ankommen. Zwar begrüßen sie, dass Schäuble ihnen auch über das Jahr 2019 Finanzhilfen zugesagt hat. Allerdings fürchten sie durch den Wegfall des Umsatzsteuervorwegausgleichs herbe finanzielle Einbußen. Erst Anfang der Woche hatten die ostdeutschen Bundesländer sowie Berlin in einem gemeinsamen Brief Schäuble vor einer Abschaffung des Ausgleichstopfs gewarnt. Auch in den Jahren nach 2019 verfügten die ostdeutschen Länder "über eine eigene Steuerkraft von lediglich etwa der Hälfte des Bundesdurchschnitts", schreiben die Landeschefs. Zudem dürften "besonders finanzschwache Länder nicht von der gemeinsamen Entwicklung abgekoppelt werden". Gerade für diese Länder sei die "unveränderte Fortführung des Umsatzsteuervorwegausgleichs daher die maßgebliche Bedingung für einen tragfähigen Kompromiss zur Neuordnung der Bund-Länder-Finzen", schreiben die Ministerpräsidenten. Aus Kreisen der ostdeutschen Länder hieß es zudem, auch die nun in Aussicht gestellten acht Milliarden Euro seien zu wenig. "Die Länder brauchen zehn Milliarden Euro mehr pro Jahr", hieß es. Eine Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen ist notwendig, weil 2019 sowohl der jetzige Länderfinanzausgleich als auch der Solidarpakt II für den Aufbau Ost auslaufen. Bund und Länder haben sich zum Ziel gesetzt, bis zur Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Juni eine Einigung im Streit um die Bund-Länder-Finzen zu finden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-55977/bund-laender-finzen-finanzministerium-macht-neuen-reformvorschlag.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619